

Strukturreform

Handlungsfeld Planungs- und Steuerungsinstrumente

Regierungsprogramm (Pilot 2007 – 2011)

Dieses Dokument ist ein Produkt der Projektarbeiten zur Illustration der vorgesehenen Gesetzesimplementierung des IV. Nachtrags zum Staatsverwaltungsgesetz (Politische Planung und Steuerung). Es zeigt beispielhaft, wie das Regierungsprogramm inskünftig erscheinen könnte.

22.07.20

23. Oktober 2007

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Pilot-Regierungsprogramm..... | 3 |
| Begriffsdefinition..... | 4 |
| Ziel 1: Interessenvertretung..... | 5 |
| Ziel 2: Wissens- und Technologietransfer..... | 7 |
| Ziel 3: Umgang mit Vielfalt..... | 8 |
| Ziel 4: Hochschulpolitik..... | 10 |
| Ziel 5: eGovernment..... | 12 |
| Ziel 6: Familie und Beruf | 14 |
| Ziel 7: Innere Sicherheit | 16 |
| Ziel 8: Prävention und Gesundheitsförderung..... | 18 |

Pilot-Regierungsprogramm

Wie alle Kantone kennt St.Gallen unterschiedliche Planungsinstrumente wie den Richtplan, die Mehrjahresprogramme für den öffentlichen Verkehr, das Investitionsprogramm oder den Finanzplan.

Diese Instrumente ermöglichen eine zukunftsorientierte politische Planung und informieren die Öffentlichkeit über die Stossrichtung der Politik im Kanton St.Gallen. Sie sind aber noch lückenhaft und nicht auf die Gesamtplanung der Staatstätigkeit ausgerichtet.

Mit dem Regierungsprogramm wird ein für den Kanton St.Gallen neues Instrument geschaffen. Denn viele Herausforderungen lassen sich heute nicht mehr auf ein einziges Thema eingrenzen und bedürfen einer weitsichtigen Planung. Die Regierung ist überzeugt, dass diesem Sachverhalt mit einem Regierungsprogramm begegnet werden kann, welches sich über einen längerfristigen Zeithorizont erstreckt und interdisziplinär ausgerichtet ist. Damit können sowohl die Planungssicherheit erhöht als auch die Staatsaufgaben nachhaltiger erfüllt werden.

Das Regierungsprogramm enthält eine Schwerpunktplanung in ausgewählten Politikbereichen. Mit den übergeordneten Zielen wird die thematische Stossrichtung für vier Jahre vorgegeben. Von diesen Zielen werden Massnahmen abgeleitet, die jährlich im Aufgaben- und Finanzplan festgehalten sind. Dies versachlicht aufgrund der verstärkten Ziel- und Ergebnisorientierung den politischen Diskurs, erhöht die Transparenz in den Entscheidungsprozessen und vermindert kurzfristige Entscheide.

Im Rahmen des Projektes Planungs- und Steuerungsinstrumente wurden je ein Pilot des Regierungsprogramms (Pilot 2007 – 2011) sowie des Aufgaben- und Finanzplans (Pilot 2008 – 2010) erarbeitet. Dieses Vorgehen erlaubte es, die Planungs- und Steuerungsinstrumente nicht nur theoretisch zu entwickeln, sondern gleichzeitig praktische Erfahrungen mit dem vorgesehenen Ablauf zu sammeln und die Instrumente auf ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen. Im Laufe des Projektes wurden acht Ziele für das Regierungsprogramm (Pilot 2007 – 2011) festgelegt und acht Massnahmen für den Aufgaben- und Finanzplan (Pilot 2008 – 2010) erarbeitet.

Die beiden Pilotdokumente sind Produkte der Projektarbeiten. Sie zeigen beispielhaft, wie zukünftig das Regierungsprogramm und der Aufgaben- und Finanzplan erscheinen werden.

St.Gallen, 23. Oktober 2007

Im Namen der Regierung,
Die Präsidentin:

Kathrin Hilber

Der Staatssekretär:

Martin Gehrer

Begriffsdefinition

Ziel

Im Zielfeld wird neben dem Zielvorschlag und der Nummerierung des Ziels die Relevanz des Themas in Bezug auf die drei Bereiche "Wirtschaft", Umwelt" und "Gesellschaft" grafisch dargestellt. Die Relevanz wurde im Rahmen der Analyse der Politikbereiche ermittelt.

Massnahmen

Die Massnahmen orientieren sich am Ziel und dienen zur konkreten Zielerreichung. Bei der Umsetzung steht die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Vordergrund. Die Massnahmen werden im Aufgaben- und Finanzplan beschrieben. Zur Umsetzung eines Ziels können im Laufe der vierjährigen Gültigkeit des Regierungsprogramms neue Massnahmen hinzukommen, oder beschriebene Massnahmen nicht weiterverfolgt werden.

Umfeld

Unter Umfeld werden Beobachtungen und Auswertungen des Umfelds des Kantons St.Gallen sowie die derzeitigen und erwarteten künftigen Entwicklungen beschrieben. Für die Staatstätigkeit massgebende Veränderungen sollen rechtzeitig erkannt und bei der Formulierung von Zielen berücksichtigt werden.

Aktuelle Situation

Das Regierungsprogramm enthält neben der Beschreibung des Umfelds auch eine Zusammenfassung der Analyse der Staatstätigkeit. Im Feld "Aktuelle Situation" wird für das jeweilige Ziel der Ist-Zustand im entsprechenden Politikbereich beschrieben.

Entwicklungspotenzial

Das Entwicklungspotenzial zeigt die Möglichkeiten auf, wie die Lücke zwischen den sich im Umfeld beschriebenen Herausforderungen und der aktuellen Situation im Kanton St.Gallen geschlossen werden kann.

Ziel 1: Interessenvertretung

| | | |
|--|--|---|
| <p>Interessenvertretung</p> <p style="font-size: 2em; text-align: center;">1</p> | <p>Opinion-Leaders nehmen in strategischen Bereichen die Interessen des Kantons engagiert wahr.</p> | <p>Relevanz</p> <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
| <p>Massnahmen</p> | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Position der Mitglieder des Ständerates stärken Mit Hilfe eines institutionalisierten Zugangs zum Fachwissen der Staatsverwaltung sowie der Nutzung der vewaltungsinternen Infrastruktur und Dienstleistungen wird eine stärkere Identifikation der st.gallischen Mitglieder des Ständerates mit den Interessen des Kantons auf Bundesebene angestrebt. ▪ [...] | <p>Mitwirkende</p> <p style="text-align: center;">SK</p> |

Umfeld

Mit dem Engagement in internationalen, nationalen und regionalen Gremien verschaffte sich der Kanton St.Gallen in jüngerer Zeit vermehrt Gehör. Dazu kamen verschiedene politische Achtungserfolge - beispielsweise die Rolle des Kantons als einer der Promotoren der Konferenz der Kantonsregierungen und der Ostschweizer Regierungskonferenz.

Trotz dieser intensiveren politischen Lobby-Arbeit und einem gestärkten Selbstvertrauen fühlt sich der Kanton St.Gallen auf eidgenössischer Ebene oft nicht seiner Bedeutung entsprechend wahrgenommen. Fehlende Akzeptanz st.gallischer Interessen führte in den vergangenen Jahren mehrmals dazu, dass der Kanton bei wichtigen Entscheidungen auf Bundesebene übergangen wurde.

Gründe dafür können in der peripheren Lage liegen oder an einem wenig geschlossenen Auftreten der kantonalen Repräsentantinnen und Repräsentanten. Der Wahrnehmung st.gallischer Positionen ist gewiss auch hinderlich, dass in unserem Kanton Medien fehlen, die national – beziehungsweise sprachregional – von Bedeutung sind.

Was effektiv wahrgenommen wird, sind in der Regel die gängigen Aushängeschilder wie der Stiftsbezirk, die Universität, das Open Air, der Fussball-Club St.Gallen, die Olma. St.gallische Werte, die nicht zu diesen Rennern gehören, dürfen kaum mit nationaler Resonanz rechnen: politische Tugenden beispielsweise wie die solide Finanzpolitik oder die Berechenbarkeit politischer Entscheide oder auch Attraktionen ausserhalb der Kantonshauptstadt wie das Paxmal oder das Schloss Sargans.

Aktuelle Situation

Die Wahrnehmung der Interessen unseres Kantons auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene kann nur gelingen, wenn der Kanton in der Öffentlichkeit ein positives Image hat. An diesem guten Image mitzuarbeiten, sind vorab die politischen Behörden gefragt. Sie sind gefragt, ihr spezifisches Wissen und ihre Sichtweise einzubringen.

Namentlich im Bereich der Interessenvertretung auf Bundesebene sowie in der interkantonalen Zusammenarbeit wird St.Gallen bereits heute als aktiver Kanton wahrgenommen. Diesen Eindruck mitgeprägt haben die politischen Erfolge bei der Standortwahl Bundesverwaltungsgericht sowie beim Anschluss an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz. Die Schattenseiten dieser Erfolge gilt es auch zu nennen. Gerade auf parlamentarischer Bundesebene haftet dem Kanton St.Gallen der Ruf an, viel zu fordern und wenig Eigenleistung zu erbringen. Mithin sei der Kanton zu sehr auf den eigenen Vorteil und zu wenig auf das Gemeinwohl bedacht.

Entwicklungspotenziale

Mit engagierter Mitarbeit in nationalen und regionalen Direktorenkonferenzen kann hohe Sachkompetenz und Bereitschaft zur Kooperation dokumentiert werden. Die Ausübung der Mandate in den politischen Gremien sollte kontinuierlich und von Dauer sein.

Ziel 2: Wissens- und Technologietransfer

| | | |
|--|--|---|
| <p>Wissens- und Technologietransfer</p> <p style="font-size: 2em; text-align: center;">2</p> | <p>Der Wissens- und Technologietransfer zwischen Bildungsinstitutionen und der Wirtschaft wird intensiviert, indem die Forschungsinfrastruktur ausgebaut wird und kleine und mittlere Unternehmen in die Netzwerke eingebunden werden.</p> | <p>Relevanz</p> <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
| <p>Massnahmen</p> | <ul style="list-style-type: none"> ▪ [...] | <p>Mitwirkende</p> <p>...</p> |

Umfeld Die Jugendlichen investieren immer mehr Zeit in die nachobligatorische Ausbildung: 1980 waren es im Durchschnitt 3.9 Jahre, 2003 waren es 5.5 Jahre. Auch die Zahl der Jugendlichen, die eine nachobligatorische Ausbildung absolvieren, wächst.

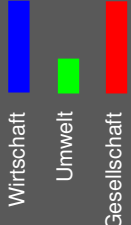
Diese Entwicklung vergrössert das Angebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften. Zudem steigt das Potential für technische Innovationen und gesellschaftliche Weiterentwicklung. Auf der anderen Seite ist zu beobachten, dass gut ausgebildete Arbeitskräfte im Kanton St.Gallen nur geringe berufliche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Zu viele verlassen den Kanton. Diesem Braindrain muss der Kanton St.Gallen entgegenwirken.

Aktuelle Situation Beim Wissens- und Technologietransfer ist grundsätzlich zwischen dem so genannten Push- sowie dem Pull-Ansatz zu unterscheiden. Beim ersteren wird das Wissen durch die konventionellen Bildungsinstitutionen wie Universitäten und Fachhochschulen den Unternehmen zur Verfügung gestellt. Demgegenüber generiert beim zweiten Ansatz die Wirtschaft das Wissen und führt es zu den Bildungsinstitutionen.

Eine kantonale Gesamtstrategie für den Wissens- und Technologietransfer unter Einbezug sowohl des Push- wie auch des Pull-Ansatzes fehlt. Auch sind in der zentralen Staatsverwaltung, d.h. ausserhalb der Universitäten und Fachhochschulen nur ansatzweise Kapazitäten und Kompetenzen für Strategieentwicklung und Projektbegleitung im Bereich Wissens- und Technologietransfer vorhanden. Für künftige Finanzierungen muss sodann das Verhältnis zu den Massnahmen der neuen Regionalpolitik des Bundes geklärt werden.

Entwicklungspotenziale Mit einer kantonalen Gesamtstrategie könnten die bestehenden Einzelinitiativen besser aufeinander abgestimmt und die Wirkung der getroffenen Massnahmen verstärkt werden. Die Erarbeitung der kantonalen Strategie klärt die bis anhin unpräzise Rollenverteilung zwischen dem Erziehungsdepartement und dem Volkswirtschaftsdepartement bezüglich des Push-Ansatzes.

Ziel 3: Umgang mit Vielfalt

| | | |
|--|---|---|
| <p>Umgang mit Vielfalt</p> <p>3</p> | <p>Für Menschen mit Migrationshintergrund wird der Zugang zu Leistungen der öffentlichen Hand verbessert.</p> | <p>Relevanz</p>  <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
|--|---|---|

| | | |
|-------------------|---|---|
| <p>Massnahmen</p> | <p>Sozialberatung "fit für Vielfalt" machen</p> <p>Zielgruppenorientierte Beratung richtet sich an der Lebenssituation und Biografie der Betroffenen aus. Dazu sind spezielle Mittel und Methoden weiterzuentwickeln und umzusetzen - u.a. Schulung, interkulturelle Vermittlung, Mediation, professionelle Dolmetscherdienste, Beratung der Beratenden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Staat kooperiert mit weiteren Religionsgemeinschaften <p>In Ergänzung zu den christlichen Kirchen werden auch die grösseren anderen Religionsgemeinschaften als reguläre Gesprächs-, Verhandlungs- und Vertragspartnerinnen staatlicher Stellen anerkannt und berücksichtigt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ [...] | <p>Mitwirkende</p> <p><u>DI</u>/ED/GD</p> <p>DI</p> |
|-------------------|---|---|

Umfeld Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und die Beherrschung der Deutschen Sprache haben nach wie vor grossen Einfluss auf den Bildungserfolg. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Muttersprache hat in den vergangenen 20 Jahren stetig abgenommen. Im Schuljahr 1981/82 lag der Anteil bei 91.54%, dieser sank auf 77.99% im Jahre 2003/04.

Jugendliche ohne Schulabschluss und Perspektive begehen häufiger Gewalt- und Vermögensdelikte. Demzufolge sinkt das subjektive Sicherheitsgefühl, und die Gesellschaft fordert eine höhere Polizeipräsenz sowie präventive Integrationsmassnahmen. Dabei gewinnen interdisziplinäre Lösungsansätze an Bedeutung, und die Sensibilisierung für die Folgen der sozialen Aufspaltung der Gesellschaft nimmt zu.

Aktuelle Situation Die Vielfalt in der Bevölkerung nimmt migrationsbedingt zu. Damit Organisationen ihre Funktionalität aufrechterhalten können, sind sie gezwungen, sich aktiv mit dieser gesellschaftlichen Situation auseinanderzusetzen und darauf zu reagieren. Adäquat begegnen Organisationen der zunehmenden Vielfalt, indem sie diese Vielfalt einerseits innerhalb der

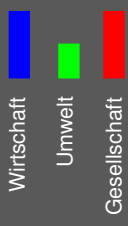
eigenen Organisation abbilden und andererseits die Zielgruppenorientierung laufend den neuen Gegebenheiten anpassen. Was sich als Leitlinie unter dem Begriff «managing diversity» in der Privatwirtschaft bewährt und immer mehr durchsetzt, kann auch von der öffentlichen Hand genutzt werden, sei es bei der Leistungserstellung durch die öffentliche Hand, sei es beim Zugang zu Leistungen der öffentlichen Hand. Zudem setzt die Integration der ausländischen Bevölkerung eine erweiterte Mitbestimmung voraus. Bislang bleiben politische Rechte, insbesondere das Wahl- und Abstimmungsrecht, den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten.

Entwicklungspotenziale

Bisher untervertretene Bevölkerungsgruppen sollen in der Staatsverwaltung ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend berücksichtigt werden. Damit können der Erfahrungshintergrund und die Bedürfnisse dieser Gruppen besser in die staatliche Leistungserbringung einbezogen werden.

Die Ausdehnung des Wahl- und Abstimmungsrechts auf die ausländische Bevölkerung könnte gesellschaftliche Spannungen abbauen und den Druck auf Legitimation und Funktionalität öffentlicher Institutionen verringern.

Ziel 4: Hochschulpolitik

| | | |
|---|--|---|
| <p>Hochschulpolitik</p> <p>4</p> | <p>In Bezug auf die Fachhochschule Ostschweiz wird eine konsequente st.gallische Strategie verfolgt, indem die bisherigen Schulstandorte beibehalten werden und die Effizienz verbessert wird. Dazu wird das Angebot an den einzelnen Standorten überprüft und optimal aufeinander abgestimmt.</p> | <p>Relevanz</p>  <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
| <p>Massnahmen</p> | <p>▪ [...]</p> | <p>Mitwirkende</p> <p>...</p> |

Umfeld

Immer mehr Jugendliche absolvieren eine nachobligatorische Ausbildung. Die Abschlussquote eines Jahrgangs auf der Tertiärstufe (höhere Berufsbildung, Fachhochschulen, Universitäten) hat sich zwischen 1991 und 2002 von unter 20 auf knapp 40 Prozent verdoppelt. Dieser Trend wird sich insbesondere im Fachhochschulbereich noch verstärken. Verglichen mit dem Jahr 2004 prognostiziert das Bundesamt für Statistik bis 2014 eine Zunahme der Studierenden an der Fachhochschule Ostschweiz (FHO) von rund 23 Prozent. Demnach steigt die Zahl der Studierenden an der FHO von rund 2900 auf 3800.

Die vom Bundesrat 2003 eingesetzte Projektgruppe "Hochschullandschaft Schweiz" hatte den Auftrag, Grundlagen für eine Neuordnung der schweizerischen Hochschullandschaft zu erarbeiten. Gemäss ihrem Bericht sollten folgende Schwachstellen behoben werden:

- die ungenügende Steuerung des Hochschulsystems;
- nicht zu rechtfertigende Kostenunterschiede von vergleichbaren Studiengängen zwischen den einzelnen Hochschulen;
- die mangelnde Aufgabenteilung unter den Hochschulen.

Ausgehend von dieser Analyse wird derzeit ein Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz erarbeitet, das voraussichtlich im Jahre 2010 in Kraft treten wird. Es sieht vor, dass sich der Bund weiterhin an den Ausbildungskosten der kantonalen Universitäten und der Fachhochschulen beteiligt. Die Zuteilung der Mittel an alle Hochschulen (ETH, FH, kantonale Universitäten) soll einheitlich nach dem Prinzip der Standardkosten erfolgen. Dadurch wird mehr Transparenz entstehen. Es wird erstmals möglich sein, landesweit und typusübergreifend die Kosten zu vergleichen und die Kooperation im Ausbildungsbereich gezielt voranzutreiben.

Aktuelle Situation

Im Kanton St. Gallen bestehen neben der Pädagogischen Hochschule St.Gallen (ab 1. September 2007) drei Fachhochschulen in St.Gallen (FHS), Buchs (NTB) und Rapperswil (HSR). Diese Hochschulen sind je für sich auf der Basis einer interkantonalen bzw. interstaatlichen, konkordatären Trägerschaft eigenständig organisiert. Gemeinsam mit der Fachhochschule Chur (HTW) bilden sie den strategischen Verbund der Fachhochschule Ostschweiz (FHO).

Aus den unterschiedlichen Trägerschaften und der ungleichen Führung resultieren uneinheitliche Teilstrategien, was eine vernünftige Schwerpunktbildung verunmöglicht.

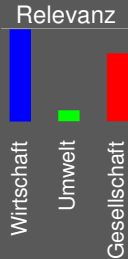
Die Fachhochschullandschaft im Kanton St.Gallen profitiert von einer starken regionalen Verankerung der Hochschulstandorte durch wirtschaftliche, personelle und kulturelle Verbindungen, einer überdurchschnittlich hohen Berufsbildungsquote sowie der Nähe zur Universität St.Gallen. Diesen Vorzügen stehen die Nachteile einer vorherrschenden Mentalität der Konkurrenz statt Kooperation unter den Schulen sowie der komplexen Struktur des Kantons St.Gallen gegenüber. Zudem leidet die FHS unter einer räumlichen Zerstreuung in Provisorien, welche die Schulentwicklung stark behindert.

**Entwicklungs-
potenziale**

Das Angebot an den einzelnen Teilschulen der FHO soll nach betriebswirtschaftlichen Kriterien überprüft werden. Der Leistungsauftrag (Aus- und Weiterbildung, angewandte Forschung und Entwicklung) ist auf die etablierten und qualitativ hochwertigen Studiengänge mit einzigartiger Ausrichtung zu fokussieren.

Mit dem Ziel, die Dienstleistungen und Forschungsschwerpunkte auf die Bedürfnisse von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft auszurichten, soll mit Leistungsaufträgen das Angebot der Teilschulen der FHO und der Universität aufeinander abgestimmt werden (zum Beispiel Netzwerk "Zukunft: Alter").

Ziel 5: eGovernment

| | | |
|--|---|---|
| eGovernment 5 | In Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Transaktionsdienste im Internet ausbauen und damit eine führende Rolle im eGovernment einnehmen. Massgebend sind die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen. | Relevanz  |
|--|---|---|

| | | |
|------------|--|-----------------------|
| Massnahmen | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Transaktions-Plattform, Informationsbereitstellung und Datenlogistik ausbauen Dienst zur Abwicklung von Online-Transaktionen und adressatengerechte Informationsbereitstellung aufbauen; intelligente Suche ermöglichen; Datenmanagement und Datenaustausch optimieren ▪ Online-Dienstleistungen für Unternehmen erweitern Verschiedene Online-Transaktionen realisieren ▪ Online-Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erweitern Verschiedene Online-Transaktionen realisieren ▪ Elektronische Formulare bewirtschaften Dienst zur Erstellung, Verwaltung und Publikation von elektronischen Formularen für Gemeinden und Kanton bereitstellen ▪ [...] | Mitwirkende FD |
|------------|--|-----------------------|

Umfeld

Mehrere nationale und internationale Studien zeigen, dass die Schweiz in den letzten Jahren auf dem Gebiet des eGovernment kaum Fortschritte gemacht hat. Gemäss der eEurope-Studie belegt die Schweiz bei der Online-Verfügbarkeit von 28 Ländern den zweitletzten Platz. Unwesentlich besser schneidet die Schweiz beim technischen Entwicklungsstand der Webseiten ab. Hier liegt sie von den 28 untersuchten Ländern auf Platz 20.

Im Kanton St.Gallen wünschen sich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmungen gemäss Umfragen einen Ausbau des Online-Angebots. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Online-Dienstleistungen steigt weiter. Welches Potenzial im eGovernment Bereich vorhanden ist, verdeutlicht das Portal www.help.gv.at aus Österreich. Auf dieser Seite werden über 500 Transaktionsmöglichkeiten angeboten, die je nach Geschäft auch elektronisch eingereicht und – wenn verlangt – mit der Bürgerkarte signiert werden können. Heute bieten von insgesamt 1'822 Gemeinden

mit Internetauftritt gerade mal 493 Online-Transaktionen an. Auf den meisten Gemeindeportalen können zudem nur ein paar wenige Transaktionen vorgenommen werden. Es gibt bis heute keine Verpflichtung für Bund, Kantone und Gemeinden, allgemein gültige Standards und Normen einzuführen oder gemeinsame Infrastrukturen zu schaffen.

Aktuelle Situation

Der Kanton St.Gallen hat im Jahr 2002 mit der Verabschiedung seiner eGovernment-Strategie eine erste wichtige Grundlage geschaffen. Es bestehen gute Voraussetzungen in organisatorischer und technischer Hinsicht. Um die gezielte Umsetzung von eGovernment voranzutreiben, braucht es jedoch weitere Anstrengungen. In den nächsten fünf Jahren sollen Privatpersonen und Unternehmen im Kanton St.Gallen zu schnelleren, unkomplizierteren und kostengünstigeren Dienstleistungen kommen. Insbesondere unter dem Fokus einer Entlastung von KMU und Wirtschaft, aber auch zwecks Verbesserung von direkten Transaktionsmöglichkeiten mit Bürgerinnen und Bürger sollen die diesbezüglichen elektronischen Instrumente (wie zum Beispiel elektronische Signatur, ePayment und elektronisches Aktenmanagement) geschaffen werden. Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes St.Gallen zu erhöhen, soll der Kanton im eGovernment-Bereich im interkantonalen Vergleich in der Spitzengruppe der fünf fortschrittlichsten Kantone verbleiben.

Im Kanton St.Gallen existiert (bisher einmalig in der CH) eine eGovernment Rahmenvereinbarung für die eGovernment Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und allen Gemeinden.

Entwicklungspotenziale

Der Kanton St.Gallen und die st.gallischen Gemeinden sollen über einen so genannten "One-Stop-Shop" verfügen. Dieser ist in die Architektur des gesamtschweizerischen Portals "Schweizer Portal" eingebunden. Die Identitätsprüfung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen erlaubt einen einfachen und sicheren sowie orts- und zeitunabhängigen Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltungsstellen. Zudem sind die Register harmonisiert und die Grundlagen für einen vereinfachten Datenaustausch zwischen den Verwaltungsstellen sowie zwischen diesen und den Bürgerinnen und Bürgern beziehungsweise Unternehmen sind vorhanden.

Ziel 6: Familie und Beruf

| | | |
|---|---|---|
| <p>Familie und Beruf</p> <p style="font-size: 2em; text-align: center;">6</p> | <p>Der Staat übernimmt eine Vorreiterrolle bei der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p> | <p>Relevanz</p> <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
| <p>Massnahmen</p> | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Personalmanagement schafft Chancengleichheit <p>Die Lebensformen werden immer vielfältiger und damit verbunden ist das vermehrte Bedürfnis von Frauen und Männern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Das Personalmanagement wird seine Ziele verstärkt auf den Ausbau von Angeboten im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausrichten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ [...] | <p>Mitwirkende</p> <p><u>DI</u> / FD</p> |

Umfeld

In den Lebensbereichen Familien- und Erwerbsarbeit hat sich in den letzten Jahrzehnten vieles verändert und wandelt sich weiterhin. So haben zum Beispiel die Erwerbstätigkeit und insbesondere die Teilzeitarbeit von Frauen stark zugenommen. Die Lebensformen von Mann und Frau sind vielfältiger geworden, und das Bedürfnis von Frauen und Männern steigt, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Die unterschiedlichen Rollen von Mann und Frau sind im Erwerbsleben ausgeprägt. Gemäss dem Bundesamt für Statistik sind in der Schweiz nur ein Drittel der Kaderstellen von Frauen besetzt. Im Übrigen leisten Frauen deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. In knapp sieben von zehn Paarhaushalten ohne weitere Person und in gut acht von zehn Familienhaushalten mit Kindern unter 15 Jahren ist vor allem die Frau für die Haus- und Familienarbeit verantwortlich.

Die Gründe für diese geschlechterspezifischen Unterschiede sind vielfältig: Ein Hauptgrund sind die fehlenden Strukturen, die erlauben würden, Beruf und Familien zu vereinbaren. Dies betrifft zwei Bereiche: Einerseits die Möglichkeit, voll am Arbeitsleben teilzunehmen, um Einkommen zu generieren und Befriedigung dieser gesellschaftlich wichtigen Aktivität zu finden. Andererseits sollen die Kinder die bestmögliche Betreuung und Erziehung erhalten.

Aktuelle Situation

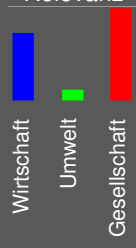
Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Elternschaft sind im Kanton St.Gallen wie in der ganzen Schweiz ungünstig. In Europa kennen vor allem die skandinavischen Länder vergleichsweise gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Elternschaft.

Der Anteil Frauen im mittleren und oberen Kader ist nach wie vor zu gering. In der Staatsverwaltung liegt er in den Besoldungsklassen 21 bis 37 im Jahr 1994 bei 16 Prozent, 1999 bei 20 Prozent und 2003 bei 27 Prozent. Auch hier fehlen Strukturen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Hinzuweisen ist auf das ungenügende Angebot im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung oder auf die mangelnde Bereitschaft, Teilzeitarbeit für Frauen und Männer in allen Berufen und Hierarchiestufen zu fördern. Auch an geeigneten Modellen der Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung fehlt es.

Entwicklungspotenziale

Bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf übernimmt der Kanton eine Vorreiterrolle. In erster Linie soll die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit aktiv gefördert und deren Image verbessert werden. Bei Neubesetzungen ist mit Organisationsentwicklungsmassnahmen zu prüfen, ob Teilzeitstellen geschaffen werden können. Trotz des grösseren Informationsaufwands sollen keine Mehrkosten entstehen.

Ziel 7: Innere Sicherheit

| | | |
|-----------------------------------|---|---|
| <p>Innere Sicherheit</p> <p>7</p> | <p>Dem Anstieg der Jugendkriminalität wird mit interdisziplinärer und interdepartementaler Zusammenarbeit entgegengewirkt. Der Lösungsansatz ist präventiv, aber auch repressiv-sanktionierend.</p> | <p>Relevanz</p>  <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
| <p>Massnahmen</p> | <ul style="list-style-type: none"> [...] | <p>Mitwirkende</p> <p>...</p> |

Umfeld Es zeigt sich, dass trotz der objektiv sicheren Lage das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung abgenommen hat. Dies ist teilweise die Folge von weltpolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie des Wandels der Werteordnung. Das individuelle Gefühl von Unsicherheit wird aber auch gefördert durch die mediale und politische Dramatisierung der Kriminalitätsentwicklung. Entsprechend steigen die Ansprüche der Bevölkerung an die Sicherheit.

Ein weiterer Grund für die Abnahme des subjektiven Sicherheitsgefühls sind vermehrt auf sich aufmerksam machende, randalierende Jugendliche. Dabei ist zu beobachten, dass die Gewalt unter Jugendlichen in den letzten Jahren stetig zugenommen hat.

Aktuelle Situation Die Gewaltkriminalität unter Jugendlichen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Ihr Anteil an den Delikten gegen Leib und Leben, Raubdelikte und Entreisssdiebstähle steigt stetig. Im Jahr 2005 betrug der Anteil von Jugendlichen bei den Delikten Gewalt / Aggression rund 13 Prozent.

Jugendgewalt ist ein gesellschaftliches Problem. Die Gründe liegen tief und sind vielschichtig. Die Auswirkungen werden bereits in frühester Kindheit sichtbar im sozialen Verhalten, in persönlichen Merkmalen, im familiären Umfeld und ausserfamiliären Bezugsgruppen. Besonders beunruhigend sind die harten Formen von Gewalt und Erpressung unter Jugendlichen selbst.

Neben Prävention hat bei Gewaltvorfällen auch Intervention das Ziel, Wiederholung und Nachahmung zu verhindern. So beschäftigen sich die Jugendanwaltschaften mit den Ursachen der Gewalt, mit Gewaltprävention, aber auch mit Interventionen. Diese sind dann erfolgreich, wenn sie koordiniert erfolgen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Justiz, Schule, Integrationsstellen und Sozialarbeit hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Der Kanton fördert diese Entwicklung. Mit der Kantonalen Kriseninterventionsgruppe des schulpsychologischen Dienstes steht im Volksschulbereich für Notfälle rund um die Uhr professionelle Unterstützung zur Verfügung.

**Entwicklungs-
potenziale**

Indem Jugendliche sich in den gesellschaftlichen Strukturen zurecht finden, weniger gewalttätig sind und nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommen, haben sie grössere Chancen, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die bestehende Zusammenarbeit zwischen den Departementen, muss für die weitere Ursachenevaluierung und interdisziplinäre Lösungssuche verstärkt werden. Hinweise auf mangelnde Strukturen und fehlende Grenzen bei Kindern sollen ernst genommen werden. Angesprochen sind alle Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen.

Die Strategien der öffentlichen Hand sollen sowohl präventiv wie auch repressiv-sanktionierend (Mehrsäulen-Prinzip) sein. Eine wichtige Ergänzung dazu sind die privaten Organisationen wie zum Beispiel Jugend- und Sportvereine.

Ziel 8: Prävention und Gesundheitsförderung

| | | |
|---|--|---|
| <p>Prävention und Gesundheitsförderung</p> <p>8</p> | <p>Die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler wird verbessert und das Bewusstsein für Ernährung und Bewegung wird gestärkt.</p> | <p>Relevanz</p> <p>Wirtschaft Umwelt Gesellschaft</p> |
| <p>Massnahmen</p> | <ul style="list-style-type: none"> [...] | <p>Mitwirkende</p> <p>...</p> |

Umfeld

Während der Gesundheitszustand der Schweizer Bevölkerung, gemessen an der Lebenserwartung und der Sterblichkeitsrate, noch nie so gut war wie heute, ist im Gegensatz dazu eine Zunahme der Anzahl verhaltens- und verhältnisbedingter chronischer Krankheiten auszumachen: Namentlich Suchtprobleme, psychische Probleme, ernährungsbedingte Gesundheitsprobleme und Stoffwechselerkrankungen stehen dabei im Vordergrund. Diesen Entwicklungen wird mit einem ganzheitlichen Lösungsansatz unter Berücksichtigung des Unterrichts und des schulischen Umfelds begegnet.

In der Schweiz haben sich seit 1960 die Kosten des Gesundheitswesens mehr als verdoppelt; von 5% auf 11,1% des BIP. Die kostentreibenden Faktoren, welche die bisherige Entwicklung dominiert haben, wirken weiter (steigende Lebenserwartung, zunehmende Ärztedichte, die Mengenausweitung im Konsum sowie anhaltende Überkapazitäten und Doppelspurigkeiten, vor allem bei Spitälern). Zwar sind im Gesundheitswesen verschiedene Reformbestrebungen im Gang; per saldo dürften sie die Kostenentwicklung jedoch nur wenig bremsen. Einen zentralen Grund stellt der steigende Anspruch der Patienten und Ärzte an die Medizin dar, insbesondere an die Spitzentechnologie.

Aktuelle Situation

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist von grundlegender Bedeutung für die Erreichung einer hohen Lebenskompetenz jedes Individuums und die Zukunft der Gesellschaft.

Die Entwicklung der jüngeren Vergangenheit zeigt eine Zunahme von problematischen Verhaltensweisen und damit verbundene Gesundheitsrisiken bei Kindern und Jugendlichen. Ein wachsender Anteil der Kinder ist verhaltensauffällig und zeigt Schwächen in der Sinnes-Koordination. Es ist zu beobachten, dass Schülerinnen und Schüler psychische Belastungen und soziale Spannungen unzureichend bewältigen. Das schlägt sich in Hyperaktivität und Aggressivität, aber auch im Konsum von

Tabak, Alkohol und anderen Drogen nieder. Die veränderten Lebensverhältnisse bringen mit sich, dass die Heranwachsenden sich insgesamt zu wenig bewegen und häufig zu viel und ungesund essen. Fettreiches Essen und Bewegungsmangel bewirken Übergewicht und beeinträchtigen die motorischen Grundfertigkeiten wie Ausdauer, Kraft und Koordination.

Entwicklungspotenziale

Da die Prävention spätere Behandlungskosten um ein Mehrfaches verringert, ist die Prävention und Gesundheitsförderung in der Schule besonders wichtig. Kinder und Jugendliche sollen gemäss diesem Unterrichtsprinzip dafür sensibilisiert werden, ihre Selbstwahrnehmung in den verschiedenen Phasen ihres Lebens angemessen zu entwickeln und damit ihr Selbstbewusstsein zu stärken (Verhaltensprävention). Demgegenüber zielen verhältnispräventive Ansätze auf die Gestaltung gesundheitsförderlicher Strukturen (Verhältnisse). Beispiele der Verhältnisprävention im schulischen Kontext sind der Abbau belastender Unterrichtsbedingungen (z.B. richtig dimensionierte Räume und Begegnungszonen), die Verbesserung des Klassenklimas oder Ermöglichung selbstgesteuerten Lernens.

Ein kantonales Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung in der Schule und eine Koordination der Aktivitäten fehlen. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Wirkung ist eine flächendeckende, rechtlich verpflichtende Gesundheitsförderung in der Schule zu prüfen.